



01|20

Zukunft Hessen

Ein Magazin der SPD Hessen und
der SPD-Landtagsfraktion



CHARAKTERTEST

10

**Kraftvoll
und entschlossen**

Olaf Scholz

14

**Politik muss
Grenzen setzen**

Interview mit Michael Rudolph

16

Die Klare

Ein Porträt über
Nancy Faeser

„In der Krise beweist sich der Charakter.“

Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Die Corona-Krise hat die Fehler und Versäumnisse der deutschen Glücksspielregulierung offenbart: Ohne staatlich konzessionierte Spielhallen wächst das illegale Spiel. Es ist an der Zeit, legale Anbieter zu stärken und althergebrachte Denkmuster zu hinterfragen! Das erfordert Charakter, Gestaltungswillen und Mut der Politik.

www.admiral-games.de

ADMIRAL

Mit über 550 Standorten gehört ADMIRAL zu den erfolgreichsten Spielhallenfilialisten Deutschlands und steht für ein legales, staatlich konzessioniertes Glücksspielangebot auf höchstem Niveau.

EDITORIAL

Charaktertest

In der Krise beweist sich der Charakter. Das gilt für die Menschen in ganz Hessen, die in der Corona-Krise Außergewöhnliches geleistet haben. Ob in unseren Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, in den Schulen und Kitas oder in den Familien und der Nachbarschaft. Die Hessen haben gezeigt, was uns nach vorn bringt: Solidarität und Gemeinsinn. Auch für die schwarzgrüne Landesregierung ist diese Krise ein Charaktertest. Und die letzten Monate lassen befürchten, dass sie ihn nicht bestehen wird. Dafür sprechen nicht nur die Unzufriedenheit in Schulen und Kitas oder vermeidbare Fehler wie das Hin und Her beim Beherbergungsverbot. Sondern vor allem, dass die Koalition die Sommerzeit nicht genutzt hat, um Hessen ausreichend auf die zweite Welle vorzubereiten. Die Krise macht deutlich: Schwarzgrün ist eine Schönwetterkoalition.

Die SPD wird in Partei und Fraktion weiter ihren Beitrag leisten, Hessen gut durch diese Zeit zu führen. Indem wir der Landesregierung auf die Finger schauen, vor allem aber mit konkreten Vorschlägen, um die Gesundheit zu schützen und den Folgen der Pandemie zu begegnen. Viele davon finden sich in dieser Ausgabe, die sich in neuem Gewand präsentiert. Wir haben unserem Magazin „Zukunft Hessen“ ein neues Erscheinungsbild spendiert und sind natürlich gespannt, wie es Ihnen und euch gefällt. Viel Spaß bei der Lektüre und vor allem: Bleiben Sie gesund!

Herzlichst



Nancy Faeser

NANCY FAESER

Vorsitzende der SPD Hessen und
der SPD-Landtagsfraktion



Tel.: 0 60 71-73 87 10
www.ynot-gmbh.de
www.ynot-shop.de

Ihr kompetenter Werbemittel-Partner auch in Corona-Zeiten!



... und vieles mehr!

Neben dem bekannt breiten Sortiment aus Wahlkampfartikeln,
bieten wir Ihnen in diesem Jahr passend auch Hygieneartikel an.

Genauere Infos bekommen Sie im digitalen Wahlkampfhandbuch der SPD Hessen,
telefonisch unter 06071-738710 oder per E-Mail an info@ynot-gmbh.de

www.ynot-shop.de

Wir freuen uns darauf,
Sie im kommenden Wahlkampf unterstützen zu dürfen!

INHALT

Themen

EDITORIAL
Charaktertest
03
VON NANCY FAESER

Praxis geschlossen
06
Standpunkt
VON DR. DANIELA SOMMER

0%
FAKTCHECK
Ärztmangel
07

SCHULE & KITA
**Schwarzgrün lässt
Schulen im Stich**
08
Umfragen und Meinungsbild
VON CHRISTOPH DEGEN

SCHULE & KITA
Qualität?
09
Standpunkt
VON LISA GNADL

WIRTSCHAFT & ARBEIT
**Kraftvoll
und entschlossen**
10
Was die Bundesregierung getan
hat und tut
VON OLAF SCHOLZ

WIRTSCHAFT & ARBEIT
#AlarmstufeRot
12
Veranstaltungsbranche und
Soloselbstständige in der Krise
VON TOBIAS ECKERT

WIRTSCHAFT & ARBEIT
**Politik muss
Grenzen setzen**
14
Interview
MIT MICHAEL RUDOLPH

PORTRÄT
Die Klare
16
Ein Porträt über
Nancy Faeser
VON BENJAMIN LANDT

DEMOKRATIE
Der Populist
20



!
ACHTUNG, SCHWARZGRÜN
**Politik mit
der Brechstange**
22
Schattenhaushalt
VON CHRISTOPH DEGEN

INNERE SICHERHEIT
**Die Verrohung
der Sitten**
24
Standpunkt
VON GÜNTER RUDOLPH

INNERE SICHERHEIT
**Mehr als ein rauer
Umgangston**
26
Interview
MIT ESTHER KALVERAM

D
RUDOLPH DIREKT
**Ministerin
gefährdet Vertrauen
in Justiz**
28
VON GÜNTER RUDOLPH

INNERE SICHERHEIT
**Gegen die Gefahr
von rechts**
29
VON CHRISTOPH GEHRING

R
RUBRIK
**In den Kochtopf
geschaut**
30
VON MARIUS WEISS

Praxis geschlossen

Landidylle mit guter Luft und Milch vom Bauern nebenan – aber kein Arzt weit und breit. Das ist in Teilen der ländlichen Regionen Hessens schon heute Realität. Und der Mangel an Hausärzten auf dem Land wird in naher Zukunft noch mehr Menschen treffen, wenn nicht bald etwas geschieht.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – TEXT DR. DANIELA SOMMER

Wie wichtig eine gute, wohnortnahe medizinische Versorgung ist, hat nicht erst die Corona-Pandemie gezeigt. Umso erstaunlicher ist es, wie entspannt die schwarzgrüne Landesregierung damit umgeht, dass Hessen bei der Versorgung mit Hausärzten im Bundesvergleich zu den Schlusslichtern gehört.

Grundsätzlich reicht die Zahl der Medizinstudienplätze nicht aus, um den Ärztebedarf in Zukunft zu decken. Hinzu kommt, dass der größere Teil der jungen Ärztinnen und Ärzte nach dem Ende des Studiums in Ballungsgebieten bleiben möchte und ein Angestelltenverhältnis bevorzugt. Gerade in den ländlichen Regionen finden deshalb immer mehr Hausärzte, die das Ruhestandsalter erreichen, keine Nachfolger mehr.

Damit in Zukunft alle Patienten unabhängig von ihrem Wohnort einen gleich guten Zugang zu medizinischer Versorgung haben, braucht es neue Konzepte zur Gesundheitsversorgung, die auf die einzelnen hessischen Regionen abge-

stimmt sind: mit einer besseren Steuerung und Bedarfsplanung, vor allem bezogen auf die Verteilung von Ärzten und Fachärzten, mit Kooperationen im Gesundheitsbereich, mit mehr Einflussmöglichkeiten für die Kommunen, mit Gesundheits- und Nahversorgungszentren, mit dem Einsatz von besonders geschulten Pflegefachkräften und mit E-Health. Vor allem aber braucht es Anreize für die Studierenden in der Medizin, um sie für unterversorgte ländliche Regionen gewinnen zu können. Warum also nicht Medizinstudierende, die sich später in unterversorgten Gebieten niederlassen wollen, studienbegleitend fördern? Aber dafür braucht es auch insgesamt mehr Medizinstudienplätze in Hessen. Zusätzlich kann eine Förderung für Praxisübernahmen und neue Niederlassungen von Hausärzten dort helfen, wo Unterversorgung bevorsteht oder schon herrscht. Hessen sollte dabei dem Beispiel der Länder Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Saarland, Baden-Württemberg

und Rheinland-Pfalz folgen und eine Landarztquote einführen.

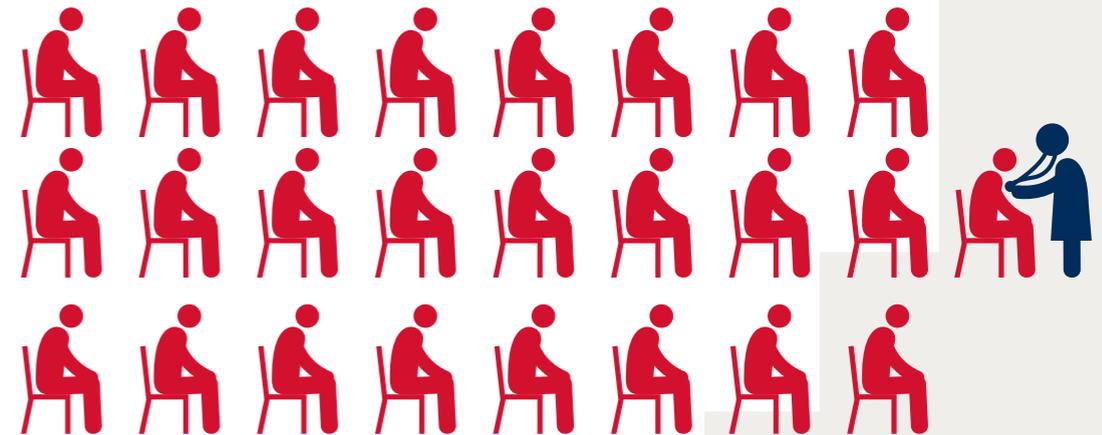
Flächendeckend, bedarfsgerecht und qualitativ hochwertig – das sind die Zauberwörter für eine vernünftige Versorgungs- und Krankenhausplanung, bei der die Landesregierung stärker als bisher Verantwortung übernehmen muss. Dazu gehört es auch, für jene, die sich täglich um unsere Gesundheit kümmern, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen – nicht nur für Mediziner, sondern auch für das Personal in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Um heute für morgen und übermorgen vorzusorgen, braucht es einen ganzheitlichen Plan für zukunftsfeste Versorgungsstrukturen, der sowohl den demografischen Herausforderungen als auch den limitierten Möglichkeiten in den klassischen Versorgungssettings und dem Fachkräftemangel Rechnung trägt. Einen solchen Plan hat die schwarzgrüne Landesregierung erkennbar nicht. ●



56
Jahre
Durchschnittsalter
der Hausärzte in Hessen
- 2020 -

Hessens Ärzte gehen in Ruhestand. 2.500 Nachfolger fehlen.

Wenige, für viele weit entfernte Hausarztpraxen werden den Gesamtbedarf bewältigen müssen.

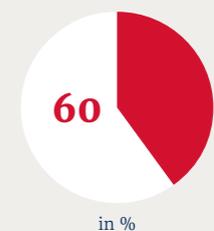


Unbesetzte allgemeinärztliche Sitze in Hessen



Quelle: Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen Hessen

Mehr als jede 2. Praxis wird geschlossen.



in %
Bis 2030 scheiden sehr viele Hausärztinnen und Hausärzte altersbedingt aus der Versorgung aus.

Schwarzgrün lässt Schulen im Stich

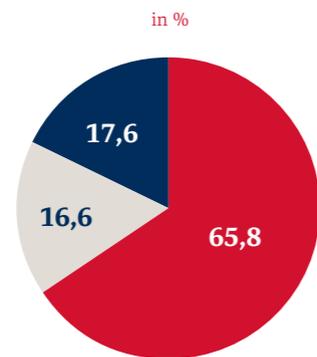
Wenig überraschend haben die hessischen Bürgerinnen und Bürger der schwarzgrünen Landesregierung ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – TEXT CHRISTOPH DEGEN

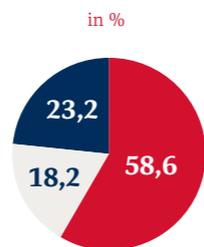
Einer Umfrage zufolge, die das Meinungsforschungsunternehmen Civey im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion durchgeführt hat, sind 65,8% der Hessen der Ansicht, dass das Kultusministerium die Schulen auf die Wiedereröffnung nach den Sommerferien nicht ausreichend vorbereitet hat. Dieses Meinungsbild ist vor dem Hintergrund der momentan deutlich steigenden Corona-Fallzahlen von ganz besonderer Bedeutung. Denn die sechs Wochen Ferienzeit im Sommer, die die schwarzgrüne Regierung hat verstreichen lassen, hätten jetzt den entscheidenden Zeitvorteil bringen können – wenn sie denn die Zeit für die Entwicklung erstzunehmender Konzepte für den Schulunterricht in Zeiten der Pandemie genutzt hätte.

Zu einem solchen Konzept hätte die frühzeitige Einführung individueller Modelle zur Kombination von Präsenz- und Fernunterricht gehört, die Schwarzgrün letztlich nur auf oppositionellen Druck und auf Druck seitens der Verbände eingeführt hat. Dazu hätte ein Stufenplan gehört, der landesweit einheitlich festschreibt, wann und in welcher Form bei steigenden Corona-Fallzahlen die Infektionsschutzmaßnahmen an den Schulen zu verschärfen sind. Und dazu

Meinungsbild
zur ausreichenden
Vorbereitung der Wiedereröffnung
der Schulen



Schwarzgrüne Schulpolitik
Zufriedenheit



■ Unzufrieden ■ Zufrieden
■ Unentschieden

Quelle: Meinungsforschungsunternehmen Civey

hätten Standards für den Unterricht unter Corona-Bedingungen gehört. Schwarzgrün hat nichts dergleichen getan und somit ist seit dem Sommer das einzig Verlässliche an Hessens Schulen die Unsicherheit. Anstatt zu führen, hat Kultusminister Lorz Schulen, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer im Stich gelassen.

Schlimm genug. Aber die Landesregierung musste nicht nur diese eine Ohrfeige der hessischen Bürgerinnen und Bürger einstecken. Insgesamt 58,6% der Befragten gaben zudem an, mit der Bildungspolitik der derzeitigen Landesregierung insgesamt unzufrieden zu sein. Denn nicht erst seit der Corona-Pandemie sind die Versäumnisse der schwarzgrünen Schulpolitik offensichtlich: Lehrermangel, Sanierungsstau an den Schulen und ein massiver Nachholbedarf beim digitalen Lernen sind das Ergebnis schwarzgrüner Politik. Nein, das schlechte Zeugnis für die Landesregierung und Kultusminister Lorz kommt also wirklich nicht überraschend. Das ist bitter für alle, die sich um gute Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen bemühen. Und es nimmt einer ganzen Schülergeneration die gerechte Chance auf die bestmögliche Bildung. ●



Foto: istockphoto, Rawpixel

Qualität?

SPD-LANDTAGSFRAKTION – TEXT LISA GNADL

Die Situation in den hessischen Kitas ist angespannt – und das nicht erst seit Corona. Familien sind auf eine gute, flächendeckende, zuverlässige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung angewiesen. Und dafür brauchen wir vor allem eins: genügend qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher, die gute Arbeitsbedingungen in den Kitas vorfinden. Allerdings sieht die Realität in Hessen ganz anders aus. Die Zahl der erforderlichen Kitaplätze und damit der Bedarf an qualifiziertem Personal steigt seit Jahren stetig. Über die Hälfte der Kitagruppen sind zu groß und das Stadt-Land-Gefälle bei der Betreuung der Über Dreijährigen ist immens. Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher sind schlecht und es müssen schon jetzt viele Fachfremde beschäftigt werden.

Statt gegenzusteuern hat die schwarzgrüne Landesregierung wesentliche Investitionen in die Qualität der Kitas verschlafen. Doch bei der Weiterentwicklung der Qualität in Kitas und in der Kindertagespflege handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein gemeinsames Ziel von Bund, Ländern und Kommunen. Während der Bund mit dem Gute-Kita-Gesetz nun seinen Teil erfüllt hat, ist das Land seiner Verpflichtung nicht nachgekommen und hat die Kommunen in den vergangenen Jahren mit dieser Aufgabe alleingelassen. Bei der Co-Finanzierung des

Bundesprogramms setzt die Landesregierung diese Strategie fort und greift wieder einmal in die kommunalen Kassen, statt originäre Landesmittel aufzuwenden. Der Frage, woher das dringend gebrauchte zusätzliche Kitapersonal kommen soll, wendet sich Schwarzgrün dabei erst gar nicht zu. Per Gesetz schafft die Landesregierung einfach neue Fachkräfte, indem sie Personen als Fachkräfte anerkennt, die zuvor die Qualifikationsanforderungen nicht erfüllt hatten. Das hat nicht nur negative Folgen für die jungen Menschen, die dadurch den Anreiz verlieren, die Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher zu machen, das hat auch negative Folgen für die Qualität in den Kitas.

Was Schwarzgrün eigentlich tun müsste, ist, die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher dringend zu verbessern und die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen – und zwar sowohl an den Fachschulen und Hochschulen als auch im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung. Und sie müsste das Schulgeld abschaffen und eine Ausbildungsvergütung einführen. Denn nur wenn die Landesregierung endlich Bedingungen schafft, unter denen Fachkräfte auch arbeiten wollen, können wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Nur dann können wir die Qualität in hessischen Kitas sicherstellen und hessenweit gleiche Bildungschancen für alle Kinder garantieren. ●



Kraftvoll und entschlossen

In der Corona-Pandemie erweist sich sozialdemokratische Politik als goldrichtig.

GASTBEITRAG – OLAF SCHOLZ

Die Corona-Pandemie führt uns die eigene menschliche Verletzlichkeit auf eindringliche Weise vor Augen. Das Virus kennt keine Grenzen, keine Klassen, keine Altersgruppen, sondern ist für uns alle eine Bedrohung. Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger wissen das und haben mit einem hohen Maß an Vernunft und Verständnis auf die nötigen Beschlüsse reagiert, die der Bund und die Länder zum Gesundheitsschutz erlassen haben. Ein ähnlich hohes Maß an Unterstützung gibt es auch für die Entscheidung, dass der Staat mit seiner ungeheuerlichen Finanzkraft entschlossen gegen die Krise angeht. Mit der Soforthilfe (der „Bazooka“) haben wir von Beginn der Pandemie an jene unterstützt, die von den Beschränkungen besonders betroffen sind. Mit dem Konjunkturpaket (dem „Wumms“) haben wir viel Geld aufgewandt, um unser Land durch diese schwierige Zeit zu steuern und Wirtschaft und Arbeitsplätze zu sichern.

Wir sind noch längst nicht am Ziel. Die Pandemie wird erst überwunden sein, wenn es einen Impfstoff gegen Covid-19 gibt und geeignete Behandlungsmethoden. Gerade in diesen Wochen verzeichnen wir fast überall im Land dramatisch steigende Infektionszahlen. Die zweite Infektionswelle rollt auf uns zu – und es gilt weiterhin, wachsam und vernünftig

zu sein, die Hygiene- und Abstandsregeln einzuhalten und viel Vorsicht walten zu lassen. „Gelernt“ ist aber von fast allen, wie gut es ist, in einer solch schwierigen Phase einen leistungsfähigen Staat eng an der Seite der Bürgerinnen und Bürger zu wissen. Einen Staat, der über die nötige Finanzkraft und Entschlossenheit verfügt, in einer solchen Krise zu handeln. Mein Entwurf für den Bundeshaushalt 2021 ist von dem Leitgedanken getragen, dass wir gemeinsam die ganze Strecke dieses Weges gehen werden. Mit hohen Ausgaben für den Gesundheitsschutz, für die weitere Unterstützung von Hilfsprogrammen und Kurzarbeiterregelungen, zugleich aber mit hohen Ausgaben für Investitionen in Forschung und Entwicklung und in unsere Infrastruktur. Denn es ist klar, als Land wollen wir gestärkt aus dieser Krise hervorgehen und gemeinsam durchstarten. ●

OLAF SCHOLZ
ist amtierender
Vizekanzler und
Finanzminister der
Bundesrepublik
Deutschland.

Foto: Bundesministerium der Finanzen/Photothek/Thomas Koehler

#AlarmstufeRot

SPD-LANDTAGSFRAKTION – TEXT TOBIAS ECKERT



Ein Sommer ohne Partys, ein Herbst ohne Oktoberfeste und ein Winter ohne Weihnachtsmarkt – eigentlich unvorstellbar. In Zeiten von Corona aber Realität.

Zugunsten des Gesundheitsschutzes der hessischen Bürgerinnen und Bürger fällt in diesem Jahr vieles aus oder findet lediglich in der Schmalspurversion statt – viele Soloselbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft sind dadurch in ihrer Existenz bedroht. Während Angestellte in vielen Betrieben durch das Kurzarbeitergeld abgesichert werden, bleibt für viele Soloselbstständige nur der Weg in die Grundversicherung. Sie haben kaum eine Möglichkeit, die Corona-Soforthilfen in Anspruch zu nehmen, weil diese nur im Fall von Liquiditätseingüssen bei den Betriebsausgaben gezahlt werden. Zwar haben die Betroffenen

kaum Betriebsausgaben, doch seit Monaten stehen sie durch wegbrechende Aufträge und Engagements ohne Einkommen da. Und an dieser Situation wird sich wohl auch so schnell nichts ändern.

Und dabei geht es um viel mehr als ausfallende Feiern, Veranstaltungen und Reisen. Der gesamte Bereich der Soloselbstständigen ist inzwischen zu einem größeren Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor herangewachsen. Neben den vielen Kunst- und Kulturschaffenden umfasst er auch den Bereich Journalismus, das Reinigungsgewerbe, Therapie und Beratung, das Dozenten-, Vortrags- und Weiterbildungswesen, Musik-

schulen, das Sport- und Trainingswesen, vielfältige mobile Dienstleistungen und etliches mehr. Man sollte meinen, dass die schwarzgrüne Landesregierung ein politisches Interesse daran hat, diesen Sektor in der Krise nicht zugrunde gehen zu lassen – doch weit gefehlt. Während Schwarzgrün weiter zaudert, geht ein großes Stück kultureller Vielfalt in Hessen zumindest vorerst verloren. Ein Wiederaufbau – so viel steht fest – wäre um ein Vielfaches teurer als ein landeseigenes Hilfsprogramm für die betroffenen Branchen. Doch dafür müsste die hessische Landesregierung endlich handeln und einen Sonderfonds einrichten. Denn wir haben bereits Alarmstufe Rot.

Die Corona-Krise könnte dennoch zumindest eines sein: eine Mahnung. Denn Soloselbstständige müssen endlich besser vor Arbeitslosigkeit und Altersarmut geschützt werden. Im Zuge einer Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung hin zu einer Arbeitsversicherung müssen die bisher nicht versicherten Selbstständigen in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Renten- und Arbeitsversicherung einbezogen werden. ●

Foto: www.schaperkommunikation.de

DIE AGENTUR AN Eurer SEITE



GRAFIK

- Layouts
- Infografiken
- Gestaltung von Flyern & Broschüren
- Designentwicklung
- Logoentwicklung
- Einbindung ins Druckportal



KAMPAGNEN

- Strategieentwicklung
- Kandidat*innenberatung
- Kampagnenplanung
- Kreation
- Digitaler Wahlkampf und Social Media
- Plakate
- Spots
- Mediaplanung
- **WEBINAR:** Markenkommunikation in der Politik



PODCASTS

- Konzeption
- Beratung
- Technische Begleitung
- Postproduktion
- Full-Service-Koordination
- **WEBINAR:** Podcasten – aber richtig!



EVENTS

- Parteitage
- Wahlkampftouren
- Abendveranstaltungen
- Kongresse
- Markeninszenierung
- Konzeption
- Digitale Veranstaltungsformate
- Teilnehmer*innenmanagement
- **WEBINAR:** Digitale beteiligungsorientierte Veranstaltungsformate



SPONSORING

- Anzeigenvermarktung
- Parteitags-Sponsoring
- Event-Sponsoring



TEXTE

- Pressemitteilungen
- Broschüren & Flyer
- Magazingestaltung
- **WEBINAR:** Besser Schreiben – viel sagen mit wenigen Worten

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de



ASK.Berlin ist ein Unternehmen der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

Politik muss Grenzen setzen

SPD-LANDESVERBAND HESSEN – INTERVIEW

MICHAEL RUDOLPH

Seit ungefähr 15 Jahren debattieren Visionäre und Wissenschaftler, Politiker und Philosophen, Arbeitgeber und Gewerkschaften die digitale Revolution, die unsere Welt – vor allem die Arbeitswelt – grundsätzlich verändern soll. Findet diese Revolution im Stillen statt?

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt fundamental und sie ist für alle Beschäftigten deutlich spürbar. Die meisten von ihnen arbeiten schon mit digitalen Technologien, aber der Stand der Digitalisierung ist in den einzelnen Betrieben noch sehr unterschiedlich. Gerade während der Corona-Krise haben mobiles Arbeiten, Homeoffice und Videokonferenzen stark zugenommen. Dadurch hat sich der Prozess natürlich beschleunigt. Aber die Landesregierung nimmt die Folgen für die Beschäftigten immer noch nicht ausreichend in den Blick. Aktuell wird die Digitalstrategie des Landes Hessen lediglich fortgeschrieben. Wichtig wäre, dass Aus-, Fort- und Weiterbildung ausgeweitet werden. Der Bildungssektor muss technologisch auf den neuesten Stand gebracht werden. Außerdem setzen wir uns für mehr Mitbestimmung, eine Stärkung der Betriebs- und Personalräte sowie mehr Tarifbindung ein. *Hat das, was bisher an digitaler Innovation stattgefunden hat, die Welt für die Beschäftigten besser gemacht?*

Die neuen Technologien bieten die Möglichkeit, die Arbeitswelt zu verbessern. Eine Befragung der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass viele Be-

MICHAEL RUDOLPH

ist Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen. Im Interview spricht er darüber, wie die Digitalisierung die Arbeitswelt verändert, warum neue Technologien die Möglichkeit bieten, die Arbeitswelt zu verbessern, und wie die Beschäftigten vor negativen Auswirkungen des technologischen Wandels geschützt werden können.

schäftigte auch nach der Corona-Krise gerne häufiger von Hause aus arbeiten würden. Das liegt vor allem daran, dass Homeoffice die Chance bietet, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr, dass die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit immer mehr verschwimmen. Der DGB-Index Gute Arbeit 2019 hat aufgezeigt, dass über die Hälfte der Beschäftigten eine Arbeitsintensivierung wahrnehmen. Ein Drittel erlebt sogar in hohem oder sehr hohem Maße eine Arbeitsverdichtung. Das hat negative Auswirkungen auf die Gesundheit. Vor allem psychische Erkrankungen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Deshalb muss es klare Regeln für Homeoffice und mobiles Arbeiten geben.

Wie können wir verhindern, dass „Digitalisierung“ zu einem Synonym für „Entgrenzung des Arbeitens“ wird? Also: Wie real ist die Gefahr, dass aus der Möglichkeit, an jedem Ort und zu jeder Zeit arbeiten zu können, ein Zwang wird, immer und überall zu arbeiten?

Um die Beschäftigten zu schützen, muss die Politik Grenzen setzen. Das gilt

vor allem im Bereich Arbeitszeit, aber auch im Arbeits- und Gesundheitsschutz. Eine Aufweichung des Achtstundentags, kürzere Erholungspausen und Ruhezeiten – wie sie von Arbeitgeberseite gefordert werden – lehnen wir strikt ab. Wir erwarten außerdem, dass die gesetzlich vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilung in allen Betrieben durchgeführt wird. Dabei müssen psychische Belastungen miteinbezogen werden. Es ist aber auch mehr Personal in den Arbeitsschutzbehörden notwendig, damit diese ihre Aufsichtsfunktion wahrnehmen können. Außerdem setzen wir uns für eine Anti-Stress-Verordnung ein. Letztlich braucht es aus unserer Sicht Betriebs- und Dienstvereinbarungen zum Homeoffice und mobilen Arbeiten, um einer Entgrenzung entgegenzuwirken.

Corona hat gezeigt, wie viel mobiles Arbeiten möglich und machbar ist. Hubertus Heil und die SPD wollen vor diesem Hintergrund ein Recht auf Homeoffice schaffen. Gute Idee?

Der von Hubertus Heil geplante Rechtsanspruch auf Homeoffice ist grundsätzlich eine gute Idee. Wir finden vor allem die geplanten Möglichkeiten für die Tarifvertrags- und Betriebsparteien, für die Beschäftigten weitergehende Vereinbarungen treffen zu können, positiv. Auch das beabsichtigte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Einführung und Ausgestaltung mobiler Arbeit begrüßen wir ausdrücklich. Das ist aus unserer Sicht unabdingbar. Entscheidend ist aber, dass die Einführung mobiler Arbeit auf Freiwilligkeit beruht. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass die neuen Technologien im Sinne der Beschäftigten genutzt werden. Klar ist aber auch, dass Diskussionen über das Arbeiten von Hause aus komplett an der Realität eines Altenpflegers oder

einer Straßenbahnfahrerin vorbeigehen. Doch auch diese Beschäftigten sind enormen Belastungen ausgesetzt und auch sie wünschen sich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das werden wir als Gewerkschaften nicht aus dem Blick verlieren.

Nach unserem Eindruck ist es in vielen Bereichen der Digitalwirtschaft unter den Beschäftigten eher uncool, sich betrieblich und gewerkschaftlich zu organisieren. Täuschen wir uns?

Durch die Digitalisierung entstehen viele neue digitale Geschäftsmodelle und flexibilisierte Arbeitsformen. Dazu gehören z. B. Crowdfunding und Plattformarbeit, die überwiegend durch prekäre Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sind. Von Arbeitgeberseite wird häufig versucht eine Organisation der Beschäftigten zu verhindern, um



Foto: DGB, Martin Sehmisch

Löhne zu drücken und soziale Standards zu unterlaufen. Für die Beschäftigten ist es schwieriger, ihre Interessen durchzusetzen, weil sie sich digital vernetzen müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass der rechtliche Status der Plattformbeschäftigten geklärt wird. Hierbei geht es insbesondere um die Frage, ob diese als Selbstständige arbeiten. Die Rechte der Plattformbeschäftigten müssen gestärkt werden. Außerdem ist natürlich mehr sozialer Schutz notwendig. ●



Die Klare

Seit einem Jahr führt Nancy Faeser die hessische SPD als Vorsitzende des Landesverbandes und der Landtagsfraktion. Über eine Frau, die noch etwas vorhat.

EIN PORTRÄT VON BENJAMIN LANDT

Der Hessische Landtag in Wiesbaden, das sind sieben Gebäude aus zwei Jahrhunderten, miteinander verbunden durch ein Labyrinth aus Fluren und Treppen und verglasten Fußgängerbrücken. Irgendwo in diesem Durcheinander der langen Gänge findet sich auf der 5. Etage das Eckbüro von Nancy Faeser: ein hohes Altbauzimmer, funktional eingerichtet wie die meisten Büros hier im Landtag. Ein Schreibtisch mit Laptop und viel Papier, ein Besprechungstisch mit fünf Stühlen, ein bisschen Kunst. Den Unterschied machen die Spielsachen, die in einem geflochtenen Weidenkorb lagern – die Spielsachen von Tim.

Tim ist fünf Jahre alt und Nancy Faesers Sohn. Die Spielsachen lagern im Büro seiner Mutter, weil es vorkommt, dass der Kindergarten zu hat. Weil Sommerferien sind. Oder weil – wie jetzt – das Corona-Virus die Dinge durcheinanderbringt. Dann kommt Tim mit ins Büro. Und will spielen.

„Kinderbetreuung – auch so ein Thema, das die Landesregierung schon zu normalen Zeiten nicht in den Griff bekommt“, sagt Nancy Faeser, während ihr Blick an dem Spielzeugkorb hängen bleibt. Normal,

das war die Zeit vor Corona. Und schon da kämpften die SPD-Chefin und ihre Partei um wirklich gebührenfreie Kitas und Krippen, um mehr und besser bezahlte Erzieherinnen und Erzieher, um kleinere Gruppen und um mehr Geld vom Land für die Träger der Einrichtungen. „Seit die CDU den Ministerpräsidenten stellt, hat sich keine hessische Landesregierung mehr wirklich für die frühkindliche Bildung interessiert – und das sind jetzt immerhin 21 Jahre“, sagt Nancy Faeser. Und sie sagt: „Dieses Desinteresse von CDU und Grünen an Bildungsfragen, das schmerzt mich als Mutter und als Politikerin sehr.“

Politikerin ist Nancy Faeser geworden, weil sie Ungerechtigkeit schlecht ertragen kann, vor allem die ungleiche Verteilung der Chancen auf Bildung, auf beruflichen Erfolg, auf sozialen Aufstieg. Deswegen trat sie 1988, mit 18 Jahren, der SPD bei – und weil ihre Familie klassisch sozialdemokratisch geprägt ist: Ihr Großvater war einfacher Arbeiter bei der Bahn, ihr Vater war – auch ohne Studium – für die SPD 14 Jahre lang Bürgermeister von Schwalbach, der Stadt im Main-Taunus-Kreis, in der Nancy Faeser aufwuchs und in der sie heute noch wohnt. Sie war in ihrer Familie

die Erste, die studieren konnte.

Die juristische Fakultät der Frankfurter Uni hat Nancy Faeser darin bestätigt, dass die Bildungschancen in Deutschland unfair verteilt sind. „In meinem Semester gab es außer mir nur noch einen Kommilitonen, bei dem nicht mindestens ein Elternteil Akademiker war. Die meisten kamen aus Juristenfamilien, was natürlich prägt und im Studium auch hilft, weil man Studienprobleme zu Hause lösen kann. Eyke und ich hatten das nicht.“

Eyke, das ist Eyke Grüning – der Kommilitone, der zum Lebensmenschen von Nancy Faeser wurde. Seit 2012 sind die beiden verheiratet, gemeinsam sind sie in Schwalbach am Taunus in der Kommu-



„Die Leute wissen, woran sie mit mir sind.“

nalpolitik aktiv: er als Stadtverordnetenvorsteher, sie als Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Stadtverordnete und Mitglied des Kreistags.

Während Eyke Grüning seit Langem als Wirtschaftsanwalt tätig ist, hat Nancy Faeser die internationale Großkanzlei, in der sie ihre Anwaltskarriere begann, verlassen und die juristische Arbeit



reduziert. Im Mittelpunkt steht die Politik: 2003 zog sie das erste Mal in den Hessischen Landtag ein. Ihr Fachgebiet wurde die Innenpolitik – ein naheliegendes Thema für die Juristin Nancy Faeser. 2009 wählte die Fraktion sie zur stellvertretenden Vorsitzenden, 2014 bestimmte sie die Landespartei zusätzlich zur Generalsekretärin der SPD Hessen.

Und dann, 2019, der Schritt in die erste Reihe: Thorsten Schäfer-Gümbel, der zehn Jahre lang Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und der hessischen SPD war, zog sich aus der Politik zurück. Als Nachfolgerin wählten Partei und Fraktion mit großer Zustimmung Nancy Faeser.

„Es hat sich so ergeben“, stellt Nancy Faeser nach einem Jahr an der Spitze der Landtagsfraktion und der Landespartei fest. „Mir geht es einfach darum, etwas zu verändern, Dinge besser zu machen. Dafür, dass mir die Partei und die Fraktion zutrauen, das auch zu schaffen, bin ich unglaublich dankbar. Hessen ist heute bei viel zu vielen Kennzahlen bestenfalls Mittelmaß – ob beim Breitbandausbau, bei der Digitalisierung der Schulen, bei der Kinderbetreuung oder bei der Ärzteversorgung auf dem Land. Die aktuelle Landesregierung lässt die wichtigsten Zukunftsthemen einfach liegen, weil CDU und Grüne offensichtlich gar nicht mehr den Ehrgeiz haben, zu gestalten – die wollen einfach nur im Amt bleiben“, sagt sie.

In der hessischen SPD und deren Landtagsfraktion ist seit Nancy Faesers Amtsantritt das Thema Klima- und Umweltschutz auf der Prioritätenliste weiter nach oben gerückt – für die Chefin eine in jeder Hinsicht logische Entscheidung: „Der men-



schengemachte Klimawandel ist eine Tatsache. Und wenn wir den Generationen nach uns eine lebenswerte Erde hinterlassen wollen, dann müssen wir jetzt handeln. Und zwar entlang der Fragen: Was bringt es fürs Klima, welche Folgen hat es für unsere Gesellschaft?“, sagt Nancy Faeser.

Bis im Herbst 2023 in Hessen ein neuer Landtag gewählt wird, will die Chefin ihre Partei endgültig als Alternative zu Schwarzgrün positionieren – mit einem mehrheitsfähigen Regierungsprogramm und mit einer klaren Haltung in Sachfragen. „Kein Politiker kann es allen recht machen“, sagt Nancy Faeser, „aber ich kann dafür sorgen, dass die Leute wissen, woran sie mit mir und der hessischen SPD sind.“

Deswegen bekennt sich ihre Partei beispielsweise zur Autobahn 49 in Mittelhessen. Die Juristin und Sozialdemokratin Nancy Faeser lässt bei diesem Thema keinen Raum für Missverständnisse: „Die A 49 ist für die weitere Entwicklung von Nord- und Mittelhessen wichtig. Sie entlastet Menschen, durch deren Dörfer heute bis zu 10.000 Lastwagen am Tag rollen, von Lärm und Abgasen. Vor allem aber sind alle Argumente für und alle Einwände gegen den Bau mehrfach von Gerichten überprüft worden. Zur Demokratie gehört es, das Ergebnis

einer rechtsstaatlichen Güterabwägung am Ende zu akzeptieren.“

Nein, sagt die SPD-Chefin, das habe nichts mit Basta-Politik zu tun, das sei auch kein Verrat an den Zielen des Klima- und Umweltschutzes, sondern da zeigten sich Vernunft und das Bemühen um Verlässlichkeit. Wenn es daran mangle, werde es schwierig, das friedliche Zusammenleben von sieben Millionen Hessinnen und Hessen zu organisieren. Sie sagt: „Die Stabilität und der Erfolg unseres Landes beruhen doch ganz wesentlich auf dem gelungenen Ausgleich der Interessen, also auf der Fähigkeit zum Kompromiss. Kluge Kompromisse sind ja nichts Schlechtes, sondern sie stellen sicher, dass es möglichst viele Gewinner und möglichst wenige Verlierer gibt. Das ist aus meiner Sicht ein zutiefst sozialdemokratischer Politikansatz.“

Aber manchmal, räumt Nancy Faeser ein, geht es natürlich doch ums Gewinnen. Zum Beispiel im Herbst 2023, bei der nächsten regulären Landtagswahl in Hessen. „Ich möchte, dass die SPD wieder regiert, damit wir die Zukunft Hessens gestalten können. Das ist mein Ziel als Partei- und Fraktionsvorsitzende“, sagt sie. Bisher hat Nancy Faeser ihre Ziele immer erreicht. ●

Der Populist

Der Populist verspricht einfache Lösungen für große Probleme. Einfache Lösungen hören sich erst einmal ganz gut an. Einfache Lösungen suggerieren Sicherheit, wo keine Sicherheit ist. Dafür gibt ein Populist Versprechen, die in der Realität nicht funktionieren können – zu kurz und vor allem nicht durchdacht sind.

SPD-LANDESVERBAND

Aber das alles ist für Populisten kein Problem. Denn ein Großteil von ihnen schwenkt blaue Fahnen mit roten Haken drauf und will überhaupt keine Regierungsverantwortung übernehmen. Sie werden also gar nicht in die Verlegenheit kommen, ihre Versprechen brechen und ihr eigentliches Ansinnen offenbaren zu müssen. Sie können sich deshalb auf das Positive von Versprechen beschränken: Sie können Hoffnungen schüren. Wer nun glaubt, dass Hoffnungen nichts Negatives sein können, der irrt. Denn Hoffnungen, die auf einem manipulativen Täuschungsmanöver beruhen, werden allzu leicht zu einem gefährlichen Irrglauben. Der Populist treibt damit einen Keil zwischen jene, die tatsächlich Politik machen und teils unangenehme Entscheidungen treffen müssen, und jene, die in ihren Erwartungen an die politischen Entscheidungsträger enttäuscht werden.

Während der Populist also das macht, was er am besten kann, nämlich die Gesellschaft

spalten, profitiert er von Einzelereignissen, die er sich und seiner Rhetorik zunutze machen kann.

Ein Ereignis besonderen Ausmaßes ist das Corona-Virus. In den ersten Wochen und Monaten schien die Gesellschaft zumindest ideell näher zusammenzurücken. Doch mit dem Verblässen der Schreckensbilder aus Italien und dem zwischenzeitlichen Sinken der Corona-Kurve in Deutschland und Hessen rückte sie noch weiter auseinander als zuvor. Warum? Weil Krisen, die eigentlich die Macht haben, Menschen näher zusammenzubringen und Gemeinsinn zu stiften, mindestens ebenso gut von Populisten instrumentalisiert werden können. Und so traten durch die Corona-Krise die Risse innerhalb der Gesellschaft deutlicher zutage als jemals zuvor – in sozialer, wirtschaftlicher und vor allem weltanschaulicher Hinsicht.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Maßnahmen, die im Zuge der Corona-Krise ergriffen wurden, zu hinterfragen und zu diskutieren, ist nicht das Problem. Eine Diskussion, und sei sie noch so kritisch, ist nie das

Problem einer Demokratie – sie hält sie am Leben. Das Problem sind der Ton und die Art und Weise, wie Populisten sich diese Krise zu eigen machen und wie sie diesen Diskurs führen.

Und wenn der Ton sich verschärft und die Diskussion Gegensätze nicht mehr überwinden kann, dann müssen unsere Demokratie und unser Rechtsstaat verteidigt werden. Immer in der Erkenntnis, dass die Demokratie nur siegt, wenn wir das Instrument der Populisten umkehren: versöhnen statt spalten. ●



Politik mit der Brechstange

Um einen milliardenschweren Schattenhaushalt mit der Brechstange durchs Parlament zu bringen, hat Schwarzgrün Regeln, die es als störend empfand, hinweggefegt und seine Arroganz in Gesetzesform gegossen. Es hat die Rechte des Parlaments beschnitten und damit dem Parlamentarismus schweren Schaden zugefügt.

SPD-LANDESVERBAND – TEXT CHRISTOPH DEGEN



Zwölf Milliarden neue Schulden umfasst der schwarzgrüne Schattenhaushalt, mit dem die Landesregierung Corona-Hilfen finanzieren möchte. Das sind zwölf Milliarden, über die sie bis 2023 frei verfügen kann, ohne dass sie dem Parlament dafür Rechenschaft ablegen muss. Das sind zwölf Milliarden, von denen die Landesregierung nicht sagt, was damit eigentlich konkret passieren soll. Zumindest steht in dem Gesetz zum „Sondervermögen“ keine einzige konkrete Umsetzung. Doch die Menschen in Hessen haben ein Recht darauf, dass all diese „auf Pump“ finanzierten Mittel zielgerichtet als Corona-Hilfen verwendet werden und genau dargelegt wird,

Der schwarzgrüne Schattenhaushalt ist undemokratisch.

wie viel Geld zu welchem Zweck verwendet wird. Das ist nur möglich, wenn Schwarzgrün dem Landtag Rede und Antwort stehen muss.

Man könnte die Einrichtung dieses Schattenhaushalts mit vielen Worten beschreiben, aber eigentlich braucht es nur eins: undemokratisch. Und dabei gab es für dieses Vorgehen überhaupt keine Notwendigkeit, denn die Opposition im Hessischen Landtag hatte bereits beim ersten Nachtragshaushalt im März Verantwortung übernommen und alles getan, um die Folgen der Covid-19-Krise für die Menschen abzufedern. Und auch einen weiteren Nachtragshaushalt zur Krisenbewältigung hatten SPD und Freie Demokraten vorgelegt. Der Landesregierung ging es aber offensichtlich weniger darum, in der Krise zu helfen, als vielmehr um eine Machtdemonstration und darum, die Krise auszunutzen, um in diesem Schattenhaushalt viel Geld für ihre politische Agenda beiseitezulegen. Sie hat sich damit bewusst dazu entschieden, die Rechte des Parlaments zu missachten.

Einwände gegen ihren Schattenhaushalt musste die Landesregierung nicht nur von der parlamentarischen Opposition hören, sondern auch vom Hessischen Rechnungshof, vom Bund der Steuerzahler, von dem Verband der Familienunternehmer und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände. An dieser Stelle kommt ein weiteres Wort hinzu: verfassungswidrig. Das hat ein von den Freien Demokraten

und der SPD-Fraktion in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten bestätigt.

Das Ergebnis des Gutachtens erklärt sich dabei wie folgt: Indem mit dem Schattenhaushalt über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren am hessischen Kernhaushalt vorbei Ausgaben geleistet werden dürfen, wird das Parlament unzulässig von der jährlichen Bewilligung und Kontrolle dieser Finanzmittel ausgeschlossen. Eine Beteiligung des Haushaltsausschusses, wie von der Landesregierung vorgesehen, reicht dabei nicht aus. Auch die Corona-Krise kann solch schwerwiegende Beeinträchtigungen zentraler Haushaltsgrundsätze, des parlamentarischen Budgetrechts und der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes nicht rechtfertigen. Und schließlich: Um den Schattenhaushalt und die dafür erforderliche Ausnahme von der Schuldenbremse durchsetzen zu können, hatten CDU und Grüne zuvor das Ausführungsgesetz zu Artikel 141 der Hessischen Verfassung ändern müssen. Nun kann der Landtag das Land mit einfacher Mehrheit (also mit der Mehrheit der anwesenden Abgeordneten) ermächtigen, neue Schulden zu machen. Ursprünglich war hierfür eine Zwei-Drittel-Mehrheit aller Mitglieder des Landtags erforderlich. Auch dieses Zustandekommen des Schattenhaushalts erklärt das Rechtsgutachten für verfassungswidrig, denn die Aufhebung der Zwei-Drittel-Mehrheit für Ausnahmen von der Schuldenbremse hätte mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit erfolgen müssen.

Um einen milliardenschweren Schattenhaushalt mit der Brechstange durchs Parlament zu bringen, hat die Landesregierung Regeln, die sie als störend empfand, hinweggefegt und ihre Arroganz in Gesetzesform gegossen. Sie hat die Rechte des Parlaments beschnitten und damit dem Parlamentarismus schweren Schaden zugefügt.

SPD und Freie Demokraten werden vor dem Hessischen Staatsgerichtshof gegen den von der schwarzgrünen Landesregierung eingerichteten Schattenhaushalt sowie die Ermächtigung zur Aufnahme von zwölf Milliarden Euro neuen Schulden bis 2023 klagen. Klar ist aber schon jetzt: Der Preis, den die hessische Demokratie für den schwarzgrünen Schattenhaushalt bezahlt hat, ist zu hoch. ●

Die Verrohung der Sitten



Sie werden bedrängt, bedroht und beleidigt. So geht es einer wachsenden Zahl von ehrenamtlich Engagierten und politisch Aktiven.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – TEXT GÜNTER RUDOLPH

Wenn mehr als die Hälfte aller Landrätinnen und Landräte sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister schon einmal beleidigt wurde, wenn jeder zehnte schon einmal bedroht wurde – dann stimmt in unserem Land etwas nicht. Und betroffen sind längst nicht nur Landrätinnen und Landräte und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die ehrenamtlich für ihre Stadt oder Kommune Verantwortung übernommen haben, sind landesweit immer öfter Anfeindungen ausgesetzt. Meist werden unangenehme Entscheidungen, die in den Parlamenten vor Ort getroffen werden müssen, zum Anlass für persönliche Anfeindungen genommen. Wenn das jedoch für ehrenamtlich Aktive dauerhaft zur Realität wird, dann kann es niemanden überraschen, dass immer weniger Menschen bereit sind, sich zu engagieren. Doch genau davon lebt die Demokratie. Und deshalb ist es so wichtig, dass wir ein klares Signal gegen Hetze, Bedrohung und Beschimpfung senden.

Das Strafrecht ist dabei nur eine Seite. Es muss sich auch etwas in den Köpfen ändern. Dafür braucht es vor allem eine gesellschaftliche Diskussion darüber, was in unserem Land akzeptiert wird und was nicht. Klar ist zumindest, dass die Meinungsfreiheit dort endet, wo Beleidigungen oder Bedrohungen ausgesprochen werden. Und mit der Verrohung der Sitten ist das so eine Sache – erst sind es Worte, dann werden es Taten. Gerade in Hessen mussten wir das durch rechtsextremistische Mordtaten schmerzlich erfahren.

Jene, die sich Tag für Tag für unser Wohl und unsere Demokratie einsetzen, dürfen nicht zu Fußabtretern der Frustrierten in unserem Land werden. Sie müssen geschützt werden und sie müssen sich sicher sein können, dass wir an ihrer Seite stehen. Die Demokratie hat keine Wahl, sie muss sich gegen diejenigen wehren, die andere verleumdern, beleidigen und bedrohen. ●

Foto: istockphoto, GrapeImages

Anzeige



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



Private Altersvorsorge – zukunftsorientiert weiterentwickeln

Wir verwalten als Asset Manager der Volks- und Raiffeisenbanken treuhänderisch das Vermögen unserer Kunden und bringen uns in die aktuelle politische Diskussion rund um die private Altersvorsorge aktiv ein.

Unsere Vorschläge finden Sie unter www.FinanzAgenda.de oder bei Facebook unter www.facebook.de/FinanzAgenda.

FinanzAgenda

Digital Public Affairs von Union Investment

Weitere Informationen erhalten Sie auf www.finanzagenda.de oder über Union Asset Management Holding AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main. Stand: Februar 2020.

Mehr als ein rauher Umgangston

SPD-LANDESVERBAND – INTERVIEW MIT ESTHER KALVERAM

Esther, sowohl deine Adresse als auch deine Handynummer sind auf der Seite des Kasseler Magistrats öffentlich einsehbar. Hat das im Alltag für dich zu Problemen geführt?

Als Kommunalpolitikerin möchte ich für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein. Leider führt das mittlerweile aber auch zu anonymen Drohanrufen oder bei Facebook zu dem ein oder anderen Kommentar, dass ich aufpassen solle, was ich schreibe, man wisse, wo ich wohne.

War das schon immer so?

Nein, die anonymen Anrufe oder Drohungen auf Facebook haben erst begonnen, als ich angefangen habe mich im Netz ganz konkret gegen rechts zu positionieren. Und zwar nicht nur auf meinem eigenen Facebookprofil, sondern vor allem auf öffentlichen Seiten.



Esther Kalveram ist seit elf Jahren kommunalpolitisch in Kassel aktiv, zurzeit als ehrenamtliche Stadträtin. Sie ist Vorsitzende des Ortsvereins Forstfeld in Kassel und Beisitzerin im Bezirksvorstand Hessen-Nord und im Landesvorstand Hessen.

Was müsste getan werden, um ehrenamtlich Aktive wie dich besser vor Hass und Hetze zu schützen?

Es ist gut, dass Hetze und Hass im Netz jetzt endlich ernst genommen werden. Im Netz herrscht nicht einfach ein rauherer Umgangston, sondern dort wird konkret versucht Menschen mit anderer Meinung einzuschüchtern, mundtot zu machen. Die von Bun-

Verbale Drohungen nicht nur löschen, sondern auch melden.

desjustizministerin Christine Lambrecht geplante Verschärfung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes ist genau richtig. Es reicht nicht aus, verbale Drohungen einfach nur zu löschen, sondern es ist wichtig, dass die Betreiber diese inklusive der IP-Adresse an das Bundeskriminalamt weiterleiten. Nur so können konkret Grenzen aufgezeigt werden.

Was rätst du anderen Ehrenamtlichen, wie sie mit Bedrohungen im Alltag umgehen sollen?

Das alles nicht zu nah an sich ranzulassen, sich nicht einschüchtern zu lassen und vor allem offen darüber zu reden. Sind Drohungen strafrelevant, dann muss auf jeden Fall die Polizei informiert werden. Außerdem sollte man auch die Solidarität von anderen einfordern. Als mich mal jemand allein wegen meines Vornamens antisemitisch beleidigt hat, fand ich das Schweigen der anderen fast schlimmer als die eigentliche Beleidigung. Wir dürfen nicht mehr schweigen.

Foto: privat

Die Beteiligungsexperten

Bürgerbeteiligung. Jugendbeteiligung. Kinderbeteiligung. Moderation, Organisation und Kommunikation aus einer Hand.

Bürgerbeteiligung, die Planungen besser macht. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an öffentlichen Vorhaben wird immer wichtiger. Gute Bürgerbeteiligung trägt dazu bei, Widerstände aufzulösen, verbessert die Qualität des Ergebnisses und hält den Prozess nicht auf. Wenn man diese Ansprüche liest, merkt man schnell: Gute Bürgerbeteiligung ist selten.

Uns ist die einfache Ideenabfrage niemals genug. Wir planen von Anfang an, wie ein Beteiligungsprozess so gestaltet werden kann, dass am Ende keine Sammlung unterschiedlichster Positionen dabei herauskommt. Wir schreiben nicht einfach Wünsche auf Kärtchen und pinnen sie an die Wand. Wir bündeln Positionen zu Interessen, machen aus langen Listen kurze Kriterien und sorgen damit dafür, dass die Ergebnisse der Beteiligung ernsthaft und konkret im Planungsprozess beachtet werden können.

Wir beteiligen nicht nur die üblichen Verdächtigen. Bürgerbeteiligung ist nur dann gut, wenn nicht immer die gleichen kommen. Deshalb arbeiten wir mit Losverfahren und repräsentativen Gruppen. Wir machen alle Stimmen stark, damit die Perspektiven aller auf den Tisch kommen und nicht die von wenigen.

Beteiligung passend zum Verfahren. Bürgerbeteiligung soll nicht aufhalten, sondern stattdessen konkrete Ergebnisse liefern. Deshalb klinken wir Bürgerbeteiligung in andere Verfahren ein. Beispielsweise in Architektenwettbewerbe: Statt vor der Auftragsvergabe oder nach der Auftragsvergabe zu beteiligen, machen wir Bürgerinnen und Bürger zu Beteiligten an der Auswahl und Verbesserung von Entwürfen im Ausschreibungsprozess. So entstehen deutlich erkennbare Beteiligungsergebnisse ohne Prozessverzögerung.

Was wir können:

- Wir planen Beteiligungsprozesse passend zur jeweiligen Frage. Wir liefern Ergebnisse, die man verwenden kann.
- Wir liefern die passende Öffentlichkeitsarbeit zum Beteiligungsprozess mit.
- Wir planen, moderieren und organisieren Veranstaltungen und entlasten somit die Mitarbeiter der Verwaltung.

S&N Kommunalberatung

Squirrel & Nuts GmbH

Bismarckstraße 50, 50672 Köln

Telefon: +49 221-569 65-70

E-Mail: info@sn-kommunalberatung.de

S&N
KOMMUNALBERATUNG

Ministerin gefährdet Vertrauen in Justiz

Über einen Zeitraum von 15 Jahren soll der Frankfurter Oberstaatsanwalt Alexander B. Gutachteraufträge im Wert von mehr als zwölf Millionen Euro an ein einziges Unternehmen vergeben und dafür hunderttausende Euro an Schmiergeldern kassiert haben.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – GÜNTER RUDOLPH



GÜNTER RUDOLPH ist MdL und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.

Was nach einer unglaublichen Geschichte klingt, ist leider genau so passiert. Offensichtlich ohne jede Kontrolle konnte ein einzelner Beamter jahrzehntelang über Gutachteraufträge in großem Umfang entscheiden. Die Tatsache, dass diese Korruptionsmasche erst nach 15 Jahren aufgefliegen ist, lässt einen fassungslos zurück. Doch an dieser Geschichte macht vieles fassungslos.

Es beginnt damit, dass Justizministerin Eva Kühne-Hörmann ihrer Bringschuld gegenüber dem Parlament nicht nachgekommen ist und nicht über den Vorwurf und die Ermittlungen informiert hat. Nein, das hat sie den Medien überlassen. Ab dem Zeitpunkt, als die hessischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der Zeitung von den Machenschaften des Oberstaatsanwalts erfahren mussten, hat sich Kühne-Hörmann hinter der ermittelungsleitenden Staatsanwaltschaft verschanzt. In dieser Rolle ist die Ministerin dann in den folgenden Sitzungen des Rechtspolitischen Ausschusses ganz und gar aufgegangen: Drängende Fragen nach der Vergabepraxis in der hessischen Justiz im Allgemeinen und in der Generalstaatsanwaltschaft im Besonderen sowie nach dem offenkundigen Versagen behördeninterner Kontrollmechanismen hat sie einfach weggewischt. Und davon, ob der tatverdächtige Staatsanwalt sich „nur“ für die Auftragsvergabe hat schmieren lassen oder ob er auch inhaltlich auf diese Gutachten Einfluss genommen hat, wollte sie erst recht nichts wissen.

Doch wie konnte es überhaupt zu diesem Skandal kommen? Zunächst hätte man annehmen

können, dass bei der Staatsanwaltschaft entscheidende Kontrollmechanismen versagt haben. Aber es war viel mehr als das: Entscheidende Kontrollmechanismen bei der Vergabe von Gutachten, wie beispielsweise ein Vier-Augen-Prinzip, gab es überhaupt nicht. Und wahrscheinlich hat auch die unzureichende personelle Ausstattung der Justiz den Korruptionsfall begünstigt. Wahrscheinlich wäre dieser gar nicht möglich gewesen ohne das Outsourcing von Gutachten und Datenauswertungen an private Unternehmen.

Was die Ministerin daraufhin dann als ultimative Sofortmaßnahmen vorgestellt hat, waren nicht mehr als Selbstverständlichkeiten – darunter die Gründung einer Stabsstelle für Innenrevision, die Schließung der Zentralstelle für Medizinwirtschaftsstrafrecht sowie die Einführung eines Vier-Augen-Prinzips bei der Gutachtenvergabe der Generalstaatsanwaltschaft. Warum es ein solches Vier-Augen-Prinzip, das selbst in kleinsten Kommunen standardmäßig angewendet wird, nicht gab, weiß die Ministerin nach eigener Aussage allerdings nicht und sie scheint es auch nicht zu hinterfragen. Von einem geeigneten

Foto: SPD-Landtagsfraktion, Luisa Neurath

Vorschlag, wie sie die Missstände in der Generalstaatsanwaltschaft abstellen und ein transparentes Verfahren für die Vergabe von Gutachten einführen will, ist sie damit noch weit entfernt. Mit dem bloßen Vorschlag, eine irgendwie

geartete Stabsstelle zur Innenrevision einzurichten, ist es jedenfalls nicht getan.

Alexander B. hat das Ansehen der hessischen Justiz beschädigt und die Justizministerin hat es erneut beschädigt, als sie den Ver-

such unternommen hat, den Skandal möglichst klein und vor allem von dem Parlament möglichst weit entfernt zu halten. ●

Gegen die Gefahr von rechts

Wieso der Hessische Landtag einen Untersuchungsausschuss zum Mord an Dr. Walter Lübcke eingesetzt hat.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – TEXT CHRISTOPH GEHRING

Der Hessische Landtag hat vor der Sommerpause einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der die Umstände und die Hintergründe der Ermordung des Regierungspräsidenten von Kassel Dr. Walter Lübcke aufklären soll. Für die SPD-Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser war von Anfang an klar, dass sich das hessische Landesparlament aktiv an der Aufklärung der rechtsextremistischen Terrortat beteiligen müsse. „Wenn ein ranghoher Repräsentant des Rechtsstaates und der Demokratie wie Dr. Walter Lübcke geradezu hingerichtet wird, dann hat der Landtag nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, das Geschehene zu untersuchen“, so Nancy Faeser. Stephan E., der mutmaßliche Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten, war seit seiner Jugend immer wieder als gewaltbereiter Rechtsextremist aufgefallen und

mehrfach zu Haftstrafen verurteilt worden. Deswegen stand er auch viele Jahre unter Beobachtung des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) – bis man dort im Jahr 2015 zu der Einschätzung kam, die Überwachung könne eingestellt werden, weil E. politisch „abgekühlt“ sei und keine Gefahr mehr darstelle.

„Warum das LfV zu dieser unheilvollen Fehleinschätzung gekommen ist, gehört zu den zentralen Fragen, denen sich der Untersuchungsausschuss widmen wird“, erläutert Günter Rudolph, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, der die Sozialdemokraten als Obmann im Untersuchungsausschuss vertritt. Und er stellt klar: „Es geht dabei nicht darum, das Landesamt an den Pranger zu stellen. Aber wenn eine Sicherheitsbehörde die Gefährlichkeit eines mehrfach vorbe-

straften Gewalttäters so fatal falsch analysiert und bewertet, dann müssen natürlich die zugrundeliegenden organisatorischen und personellen Strukturen des Amtes überprüft werden – und dessen Selbstverständnis.“

Und Nancy Faeser, die Fraktionsvorsitzende, ergänzt: „Nach dem Mord an Dr. Lübcke, nach dem antisemitischen Anschlag auf die Synagoge in Halle, nach den rassistischen Morden von Hanau muss doch jedem klar sein: Die größte Gefahr droht unserem Land vom Rechtsextremismus, vom rechten Terror und von dessen geistigen Wegbereitern.“ ●



Foto: Peter Jülich



IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT

Frischer Salat mit Mango und Feta

LIEBLINGSREZEPT UNSERES ABGEORDNETEN
MARIUS WEISS - SPD-LANDTAGSFRAKTION



Wenn die Winterzeit beginnt und die Temperaturen fallen, dann sind Vitamine angesagt. Frische Salate zu Würstchen, Steak oder Fisch – den persönlichen Vorlieben sind keine Grenzen gesetzt. Unverzichtbar dabei für mich: ein leckerer Salat aus Babyspinat, Mango, Schafskäse, etwas Parmesan und Pinienkernen, angerichtet mit Balsamicoessig, Pfeffer, Salz und frischem Olivenöl.

Zutaten für 2 Personen
 ⌚ 10 Minuten, 🍴 ganz einfach,
 🌿 vegetarisch

250 g frischer Babyspinat
 1 Mango
 1/2 Päckchen Pinienkerne
 1/2 Päckchen Feta-Käse
 Etwas Parmesan
 Etwas Balsamico
 Pfeffer, Salz
 und Frisches Olivenöl

Und so wirds gemacht:

① Den Babyspinat waschen und putzen. ② Die Pinienkerne nebenbei in einer Pfanne bei mittlerer Hitze ohne Fett rösten. ③ Die Mango schälen und in kleine unregelmäßige Stückchen schneiden. ④ Die halbe Packung Feta-Käse ebenso in unregelmäßige Stückchen schneiden und alles mit dem Spinat vermengen.

⑤ Etwas Balsamico untermischen. ⑥ Den Salat auf einem Teller anrichten und mit den Pinienkernen, etwas geraspeltm Grana Padano, Balsamico, Pfeffer, Salz und frischem Olivenöl garnieren und servieren. Schnell zubereitet, gesund und lecker!

–
 TEXT MARIUS WEISS

Das Gewinnspiel

Gewinnen Sie mit etwas Glück einen nordhessischen Spezialitätenkorb!

Dazu beantworten Sie einfach die folgende Frage und senden uns diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an den SPD-Landesverband Hessen, Kennwort: Gewinnspiel, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden. Alternativ können Sie uns ihre Antwort mit ihren Kontaktdaten als E-Mail an quiz@spd-hessen.de schicken.

Wie alt sind durchschnittlich die Hausärzte in Hessen?

A 53 B 56 C 59 Jahre alt Bitte ankreuzen

Vorname/Nachname	Straße/Nr., PLZ/Ort	Mail

Alle richtigen Antworten nehmen an der Verlosung teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Benachrichtigung des Gewinners erfolgt auf dem Postweg.
 Ja, ich möchte auch in Zukunft von der SPD Hessen informiert werden. Bitte setzen Sie sich mit mir unter den angegebenen Daten in Verbindung.
Einsendeschluss: 15.12.2020

Anzeige



IMMER DAS RICHTIGE ... AUS EINER HAND

ALLES FÜR EURE KOMMUNALWAHL 2021!

Plakate, Flyer, Visitenkarten, Briefbögen, Postkarten – **EINFACH INDIVIDUALISIEREN!**



Kulis, Baumwolltaschen, Saaten, Luftballons, Fruchtgummis – **MIT EUREM NAMEN UND LOGO!**



Viele besondere Werbeartikel **SOFORT LIEFERBAR!**



SHIRTSHP-SPD.DE

SPD-Shirts, Jacken, Bierkrüge, Schirme, Handtücher und vieles mehr – alles individualisierbar!

SPD-STAUDIGL.DE

Eure Großflächen für die Wahl könnt Ihr hier ganz einfach über das Portal unseres Partners buchen!

>> JETZT MATERIALIEN BESTELLEN: SHOP.SPDE

E-Mail: info@imageshop.de | Telefon: 030 / 25993 650

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

SPD-Landesverband Hessen,
Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden
&
SPD-Fraktion im
Hessischen Landtag,
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden,

V. I. S. D. P.

Generalsekretär der SPD Hessen,
Christoph Degen

ANZEIGENLEITUNG

Michael Blum, Tel. 0611.9997713

ANZEIGENVERTRIEB

ASK-Agentur für Sales
und Kommunikation GmbH, Berlin

REDAKTION

Dr. Wilfried Lamparter
Bastian Fleig (verantwortlich),
Christoph Gehring,
Martina Häusl-David,
Isabel Kunkel,
Luisa Neurath

DESIGN

Manuela Kuhn . manuelakuhn.de



DRUCK

Kreisdruck Wiesbaden GmbH
Schultheißstraße 15, 65191 Wiesbaden

BILDER

Titel: Peter Jülich
Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe:
Archiv der SPD Hessen oder
der SPD-Landtagsfraktion

DIE WINDKRAFT
Energie für den Neustart

Anzeige

Gegen den Klimawandel
kennen wir den Impfstoff
bereits:
Erneuerbare Energie!

Mehr beim Bundesverband WindEnergie e.V.
auf www.wind-energie.de